

Rede von Bürgermeisterin Marion Dirks zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: 19. Oktober 2024, 18 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niemals und auf keine Weise sollten wir uns entmutigen lassen. Das hat Johann Wolfgang von Goethe schon erkannt: An unmöglichen Dingen sollte man selten verzweifeln, an schweren nie.

Wer auf die guten Umfrageergebnisse und leider auch Wahlergebnisse der Rechtspopulisten, wer auf die Krisen in dieser Welt, wer auf die Anforderungen an den Klimaschutz und die Energieversorgung, auf hohe Preise, auf den Fachkräftemangel, den Bürokratiedschungel schaut, der mag manchmal der Verzweiflung nahe sein. Eine Lösung ist Verzweiflung nicht.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist nicht nur eine furchtbare Tragödie, sondern hat auch weitreichende wirtschaftliche Folgen, die bis zu uns in die Kommunen reichen. Die destabilisierte geopolitische Lage führt zu Unsicherheit auf den Energiemärkten, was wiederum die Energiepreise in die Höhe treibt. Dies hat direkte Auswirkungen auf unsere Haushaltsplanung, da die steigenden Energiekosten unsere Ausgaben erhöhen und unsere finanzielle Stabilität gefährden.

Der brutale Terroranschlag der Hamas auf die Menschen in Israel erschüttert uns alle bis ins Mark. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und deren Familien. Wir schauen mit großer Sorge auf den Nahen Osten. Wir wünschen uns so sehr ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, müssen aber einsehen, dass dieser Wunsch kaum in Erfüllung gehen wird. Wir werden sehen, welche Auswirkungen dieser feige Anschlag auf unsere Welt haben wird.

Die Ausgangslage für den Haushaltsplanentwurf 2024, der von der Kämmerin aufgestellt und von mir festgestellt wurde, war also nie schwieriger. Doch wenn wir besonnen und klug handeln und zusammenstehen, werden wir auch diese schwere Zeit überwinden.

Bevor ich auf Details unseres Haushaltsplans eingehe, möchte ich die schwierige finanzielle Situation ansprechen, mit der nicht nur unsere Stadt, sondern viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen konfrontiert sind.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine beispiellose Situation lenken, die die Kommunen in Nordrhein-Westfalen derzeit durchleben. Gemeinsam mit vielen anderen NRW-Kommunen haben wir kürzlich einen "Brandbrief" an den Ministerpräsidenten geschickt, um auf die äußerst schwierige finanzielle Situation hinzuweisen. Eine derartige Initiative hat es in dieser Form noch nie gegeben, was die Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit der Lage unterstreicht.

Die finanzielle Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist so schwierig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Trotz unserer Bemühungen, verantwortungsvoll zu wirtschaften und unsere Ressourcen sorgfältig zu verwalten, sehen wir uns mit einer finanziellen Lage konfrontiert, die wir nicht alleine bewältigen können.

Die gegenwärtige Situation in unserem Haushalt ist – das schon seit Jahren – geprägt von einer beispiellosen Kumulation von Herausforderungen. Das krisengetriebene Zusammenwirken von stagnierenden und zum Teil sinkenden Steuereinnahmen und Zuweisungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neuen Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge beeinträchtigt unsere Handlungsspielräume.

Und es sind nicht nur die Finanzen, die uns Schwierigkeiten bereiten. Es scheint auf den oberen Ebenen die Erkenntnis vorzuherrschen, dass wir auf kommunaler Ebene alles richten können. Sowieso meistens ohne Refinanzierung, dann auch noch ohne ausreichendes Fachpersonal und mit noch mehr Bürokratie. Wie soll das gehen?

Ein bedeutender Punkt bei den Kosten sind die kommunalen Sozialleistungen. So sind die Kosten für die Unterkunft und Heizung, von denen die Kommunen gut ein Drittel zu tragen haben, nach den Daten des Statistischen Bundesamt deutschlandweit im ersten Halbjahr um 20 Prozent gestiegen. Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe um 8 Prozent, die Leistungen der Sozialhilfe um 15,7 Prozent und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe um 14 Prozent.

Wenn die Steuereinnahmen entsprechend sprudeln würden, wäre dieser Anstieg verkraftbar. Aber das tut er nicht. Sie stiegen lediglich um 7,3 Prozent. Damit kann der Anstieg der Kosten nicht ausgeglichen werden. Und das ist genauso auch in Billerbeck.

Auch der ungebremsste Flüchtlingsstrom ist eine Herausforderung, die uns nicht unberührt lässt. Unsere Stadt hat bereits einen bedeutenden Beitrag zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen geleistet. Während wir dies als humanitäre Verpflichtung verstehen, bringt es auch zusätzliche Kosten mit sich. Die Unterbringung, Bildung und Integration dieser Menschen erfordern finanzielle Mittel, die wir in unseren Haushalt einplanen müssen. Und wir brauchen Menschen, die diese Aufgabe übernehmen können.

Eine Herausforderung wird für uns auch weiterhin die Energiewende sein. Wir bringen die kommunale Wärmeplanung rechtzeitig auf den Weg, um zu sehen, welche Wege wir gehen können. Auch weitere Anlagen zur Erzeugung von regenerativer Energie, Windkraft und Freiflächen-Photovoltaik sind Zukunftsthemen. Hier kommt es entscheidend darauf an, bei allen weiteren Schritten eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen und die Menschen mitzunehmen.

Wir haben in der Vergangenheit in vielen unterschiedlichen Fragen gute Erfahrungen mit einer Gesamtsicht aller Belange gemacht. Diesen Weg sollten wir nicht verlassen.

Wir werden uns weiterhin bemühen, die Effizienz in unserer Verwaltung zu steigern, um unnötige Ausgaben zu vermeiden. Aber die Realität ist, dass viele Ausgaben außerhalb

unserer Kontrolle liegen. Insbesondere die Umlageverbände Kreis und Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) erhöhen ihre Forderungen enorm, was einen erheblichen Einfluss auf unsere finanzielle Situation hat.

Auch dort steigen die Personalkosten und die Kosten für Menschen, denen Unterstützung zusteht. Ein Spiegel dieser Entwicklung ist die Jugendamtsumlage, die wir an den Kreis zahlen, der diese Aufgabe für uns unternimmt. In dieser Umlage sind natürlich auch die Kinderbetreuungskosten abgebildet, aber auch die unterstützenden Hilfen für Familien, vor allem für Kinder und Jugendliche, die Hilfe dringend brauchen. Die Jugendamtsumlage bildet nicht nur die höheren Kosten durch die Tarifabschlüsse und höhere Sachkosten ab. Auch die Anzahl der Familien, die Hilfe in den verschiedenen Bereichen brauchen, ist gestiegen. Trotz aller Bemühungen, bereits im Bereich der „frühen Hilfen“ die Menschen zu erreichen.

Billerbeck hat in den Jahren der guten Konjunktur erfolgreich gewirtschaftet und verfügt über eine solide Ausgleichsrücklage. Dies ist zweifellos ein wichtiger Wert, der uns hilft, die Haushaltssicherung auf absehbare Zeit zu vermeiden. Allerdings müssen wir uns bewusst sein, dass dies lediglich ein buchhalterischer Wert ist. Um unsere laufenden Ausgaben zu leisten und die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten, sind für das Jahr 2024 moderate Erhöhungen der Grundsteuer A und B vorgesehen.

Zum Vergleich: Nach einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW erwarten 40% der Kommunen den Gang in die Haushaltssicherung, weitere 20% wissen nicht, ob dieser Gang abgewendet werden kann. Steuererhöhungen werden in fast allen Kommunen diskutiert.

Wir bringen diesen Haushaltsplanentwurf mit einem Minus in Höhe von 3,5 Mio. Euro ein. Dieser Fehlbetrag kann durch die Inanspruchnahme der sog. Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Damit bleiben wir Herr unserer eigenen Finanzen, müssen aber genau hinschauen. Wir haben in den vergangenen Jahren immer besser abgeschnitten als geplant. Meistens war die sprudelnde Gewerbesteuer der Grund. Doch darauf können wir uns nicht verlassen. Die Unternehmen in Deutschland beschreiben eine düstere Stimmungslage. Auch sie müssen hohe Kostensteigerungen tragen, zum Beispiel im Bereich der Energie. Der Fachkräftemangel dämpft weiter den Handlungsspielraum. Also ist Vorsicht geboten.

Daher schlagen wir eine Steuererhöhung der Grundsteuern A und B vor. Die erste seit 2011. Die Grundsteuer A soll auf 344 Prozent (bislang 291), die Grundsteuer B auf 501 Prozent (bislang 420) steigen. Damit können wir Mehreinzahlungen in Höhe rund 410.000 Euro im Jahr erzielen, 50.000 Euro davon bei der Grundsteuer A. Damit fangen wir allerdings noch nicht einmal die weitgehend tariflich bedingten Steigerungen bei den Personalauszahlungen auf, die rund 530.000 Euro ausmachen. An Stellenzuwachs sind lediglich 1,5 Stellen geplant (Mensa und Fachbereich Soziales).

Damit liegen wir auf den sog. fiktiven Hebesätzen. Bei der Grundsteuer A hatten wir bereits vereinbart, dass aus dem Aufkommen 80.000 Euro dem Ausbau von Wirtschaftswegen zufließen sollen. Das macht heute 85 Prozentpunkt aus.

Wir machen den Vorschlag der Steuererhöhung nicht leichtfertig. Über die notwendige Anpassung der Grundsteuer B an den fiktiven Hebesatz haben wir wiederholt berichtet. Bislang liegen wir darunter und werden bei der Festsetzung der Kreisumlage so behandelt, als hätten wir die Einzahlungen aus dem fiktiven Hebesatz. Damit zahlen wir zweimal: Wir erzielen nicht die Steuer und führen eine höhere Summe an den Kreis ab. Bei der Grundsteuer A haben wir uns bereits 2015 entschieden, das Aufkommen der Grundsteuer A um 80.000 Euro zu erhöhen, um diese Summe zusätzlich für die Sanierung der Wirtschaftswege aufzuwenden. Schon damals war uns allen klar, dass es weiter den erforderlichen Aufschlag geben soll, falls unsere Basis der fiktive Hebesatz werden wird.

Diese Erhöhungen sind notwendig, um die Aufnahme von Liquiditätskrediten möglichst weit nach hinten zu schieben. Diese Kredite würden durch die erforderlichen Zinskosten den Billerbecker Haushalt zusätzlich belasten und unsere finanzielle Situation verschlechtern. Wir sind entschlossen, unsere Stadt auf einem soliden finanziellen Fundament zu halten und gleichzeitig die erforderlichen Mittel für die laufenden Ausgaben sicherzustellen. Uns ist klar, dass Steuererhöhungen zu einer zusätzlichen Belastung der Menschen führen. Dennoch halten wir diese moderate Erhöhung für vertretbar. Für die Erhaltung unserer Lebensqualität hier vor Ort. Für die Erhaltung unseres Handlungsspielraumes, rechtzeitig. Und nicht verspätet. Da hilft es auch nicht, sich auf zwischenzeitlich hohe Kontostände zu verlassen. Diese sind nicht frei verfügbar, um unsere Kostensteigerungen aufzufangen. Der überwiegende Teil unserer Liquidität ist bereits gebunden für bereits begonnene Projekte oder andere Ausgabeverpflichtungen. Zusammengefasst: Ja, es gibt eine geringfügig höhere Belastung für Bürgerinnen und Bürger. Und Ja, es gäbe eine höhere Belastung durch Zinskosten, wenn wir nicht jetzt reagieren.

Auch die Ausgabenseite haben wir kritisch betrachtet und Verschiebungen vorgenommen.

Wir müssen alle gemeinsam darauf verständigen, wieviel wir uns als Stadt noch leisten können. Und auch, wie viele Ansprüche, die an uns als Stadt gerichtet werden, noch erfüllbar sind. Wir fügen dem Haushalt immer eine Liste der vermeintlich freiwilligen Ausgaben bei. Wir sind uns seit Jahren einig, dass diese Ausgaben, die sich weitgehend in den Bereichen Familie, Kinderbetreuung, Freizeit- und Jugendeinrichtungen oder auch beim Radwegebau befinden, nur auf dem Papier als freiwillig verstanden werden können. Sie sind wichtig für jeden von uns in unserer Stadtgesellschaft.

Aber dann müssen wir sie auch finanzieren!

Trotz all dieser Herausforderungen haben wir einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 erarbeitet, der auf Vernunft und Verantwortung basiert. Wir planen, die Einnahmen zu steigern, um die Aufnahme von Krediten zu reduzieren und gleichzeitig die dringend benötigten Investitionen in die Zukunft unserer Stadt zu ermöglichen. Wir werden unsere finanziellen Mittel sorgfältig verwalten und die Ausgaben dort priorisieren, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Denn wir werden weiter investieren in unsere Stadt. In den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Familie, Jugend und Sport, in den Bereichen Klimaschutz und Klimaschutzanpassung und Digitalisierung. Und wir brauchen auch zeitgemäße Arbeitsbedingungen für die

Belegschaft in unserer Verwaltung. Denn wir brauchen unsere Mitarbeitenden, unsere Fachkräfte, um überhaupt den heutigen Anforderungen gerecht werden zu können.

Uns ist bewusst, dass dies Auswirkungen auf unsere Bürgerinnen und Bürger hat. Wir schätzen Ihre Geduld und Ihr Verständnis in dieser Angelegenheit. Unser Haushaltsplanentwurf zeichnet sich dadurch aus, dass er erstellt wurde, um die finanzielle Stabilität unserer Stadt zu bewahren und sicherzustellen, dass wir auch in Zukunft die Dienstleistungen und Investitionen erbringen können, die Billerbeck benötigt.

Jetzt noch ein paar konkrete Zahlen: Wir rechnen in 2024 mit Erträgen von Höhe von 28,1 Mio. Euro und müssen Aufwendungen in Höhe von rund 31,6 Mio. Euro einplanen. Das bedeutet ein geplantes Defizit von 3,5 Mio. Euro. Dieses Defizit können wir durch die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage decken, können den Haushalt damit fiktiv ausgleichen und geraten nicht in die Haushaltssicherung.

Wir finanzieren uns bekanntlich im Wesentlichen durch Steuern. Als Kommune erhalten wir einen Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer. Selbst erheben wir die Grundsteuern, die Gewerbesteuer sowie Hunde- und Vergnügungssteuer.

Wir planen leicht erhöhte Anteile an der Einkommenssteuer in Höhe von 7,7 Mio. Euro und an der Umsatzsteuer in Höhe von einer guten Million Euro ein. Auch für die Gewerbesteuer planen wir mit 6,9 Mio. Euro mit einem leicht erhöhten Ansatz. Bei der Grundsteuer B erwarten wir nach der Anhebung auf den fiktiven Hebesatz 2,2 Mio. Euro (360.000 Euro mehr) und bei der Grundsteuer A durch die Anhebung 325.000 Euro (50.000 Euro mehr) ein.

Bei der Vergnügungssteuer planen wir keine Einnahmen, bei der Hundesteuer sind es unverändert 91.000 Euro.

Wir sind weiterhin abundant. Aufgrund unserer rechnerisch hohen Steuerkraft erhalten wir keine allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Landes.

Bei den Aufwendungen nimmt die Kreisumlage mit insgesamt 11 Mio. Euro (1,3 Mio. mehr als 2023) den größten Teil ein. Die Kreisumlage gehört zu den sog. Transferaufwendungen, also Aufwendungen für andere Träger, die insgesamt 13,8 Mio. ausmachen. Hier sind weitere enthaltene Zahlungen u.a. an die Kita-Träger, den Träger der OGS, die Musikschule, enthalten. Ebenso die Gewerbesteuerumlage und die Krankenhausumlage.

Zweitgrößter Posten sind die insgesamt 6,6 Mio. Euro von den Sach- und Dienstleistungen in Höhe, gefolgt von den Personalaufwendungen in Höhe von 6,4 Mio. Euro.

Unter den Sach- und Dienstleistungen finden sich alle Maßnahmen wieder, die nicht als Investitionen gelten. Dazu gehören auch Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung unserer Gebäude zur Erreichung unserer Klimaziele. So sind zum Beispiel Dachsanierungen im Bereich der Ludgeri-Turnhalle, des Geschwister-Eichenwald-Gebäudes und auch einschließlich Dämmung des älteren Teils der Johannisschule eingeplant.

Unser enges Korsett bietet kaum Spielraum für weitere Projekte. Wichtig ist, dass wir bereits unsere gemeinsam vereinbarte Richtung weitergehen: Unseren Einsatz für Kinder, Jugend und Bildung, den Klimaschutz und den Abschluss unseres barrierefreien Innenstadtumbaus.

Gemeinsam haben wir uns darauf verständigt, Investitionen nur zu tätigen, wenn diese über Fördermittel und die vom Land gezahlten Pauschalen finanziert werden können. Damit wollen wir Kreditaufnahmen vermeiden, die die nächsten Generationen belasten würden. Da das Feuerwehrgerätehaus ohne Fördermittel erstellt werden musste, müssen wir uns nun nach der Decke strecken und genau hinschauen, welche Maßnahmen wir durchführen und welche wir verschieben. Da die Pauschalen jährlich ca. 2 Mio. Euro betragen, wir aber regelmäßig weit mehr investieren, kann ermesen, wie wichtig das Thema Fördermittel für uns ist. Die Beantragung ist allerdings jeweils mit großem Aufwand verbunden, den wir seit Jahren erfolgreich leisten.

Wichtige Punkte des 7,7 Mio. umfassenden Investitionsvolumen sind dabei in 2024 der Abschluss unseres barrierefreien Innenstadtumbaus, sowie die Schaffung zeitgemäßer Arbeitsplätze für unsere Mitarbeiterin und unsere Mitarbeiter des Bauhofes, die auch den geltenden Regeln des Arbeitsschutzes entsprechen. Diese Maßnahme ist für die Jahre 2024 bis 2026 verplant und ist mit 3 Mio. Euro geschätzt. Der Bauhof soll auf dem bereits vorhandenen Grundstück klimaneutral angelegt werden. Die Bereiche Klimaschutz einschließlich Mobilität prägen nicht nur den Bereich der Sach- und Dienstleistungen, sondern sind auch in der Investitionsliste zu finden. Der Radwegebau ist in der Investitionsliste verankert. Dabei ist vor allem auch der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar und von hohem Wert. Ebenso neu verplant die zusätzliche Fahrradabstellanlage am Bahnhof.

Auch die Ausstattung mit PV-Anlagen geht weiter, in 2024 mit dem Geschwister-Eichenwald-Gebäude. Dazu gehört auch die Erneuerung der Solar-Absorber-Anlage im Freibad.

Unser Schwerpunkt Schulen ist ebenfalls wieder im Entwurf 2024 sichtbar. Die Ausstattung eines naturwissenschaftlichen Raumes für unseren AFG-Teilstandort, bereits beschlossen, schlägt mit rund 650.000 Euro zu Buche.

Enthalten ist in der Gesamtinvestitionssumme auch der Ankauf von Vorratsgrundstücken für die Bereitstellung von weiteren Gewerbeflächen. Wir müssen vor allem unseren Betrieben vor Ort Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen können.

Weitere Maßnahmen müssen in die nächsten Jahre verschoben werden. In der Investitionsliste nicht enthalten ist die Zweifachturnhalle. Derzeit eröffnet sich für eine Investition keine Förderkulisse, sodass die notwendigen Maßnahmen Dachsanierung, Fußboden und Heizung/Therme als Unterhaltungsmaßnahmen anzusetzen und ab 2025 unter Sach- und Dienstleistungen verplant sind.

Zum Abschluss noch ein Blick auf die Entwicklung des Schuldenstandes, der kontinuierlich gesenkt werden konnte. Wir weisen im Entwurf 2024 eine pro Kopf Verschuldung in Höhe von 299,49 Euro (31.12.2022: 326,12) auf. Darin sind enthalten die Kredite für das letzte Übergangwohnheim sowie die Kredite für das Landesprogramm Gute Schule, die durch das Land bedient werden. Ohne diese Sondereffekte wären es nur noch 155,38 Euro.

Es ist uns bewusst, dass die kommenden Jahre nicht einfach sein werden, und dass unsere Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen spüren werden. Wir müssen uns gemeinsam

weiterhin kreativ und sachgerecht für das Wohl unserer Stadt einsetzen und die finanziellen Herausforderungen mit Augenmaß und Umsicht angehen.

Ich bin sehr froh und dankbar, dass alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung uns auf diesem Weg unterstützen und möchte an dieser Stelle allen danken, die daran mitwirken. Für dieses Zahlenwerk und vor allem für die Planung und spätere Umsetzung sind alle gemeinsam verantwortlich. In ganz besonderer Weise gilt mein Dank heute unserer Kämmerin Marion Lammers, die gemeinsam mit ihrem Team eine mit Fakten hinterlegte fundierte Haushaltsplanung vorlegt, die wir nun gemeinsam beraten werden.

Ihnen sage ich vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion über unseren Haushaltsplanentwurf für 2024. Gemeinsam werden wir die Zukunft unserer Stadt gestalten und unsere Gemeinschaft stärken. Vielen Dank.